

# Tabakarbeiter

Organ des  
Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Verantwortlich: für den redaktionellen Teil Heinrich Dorag, für die Anzeigen Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Husung. Druck: J. P. Schmalzfeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Erscheint Sonnabende. Redaktionsschluss Montag. Bezugspreis monatlich 40 A ohne Bringerlohn. Anzeigenpreis 35 A für die sechsstündige Millimeterzeile. Redaktion, Expedition, Verlag: Bremen, 2a der Weide 20. Tel. Domshofde 2 07 80

Nummer 35

Bremen, 27. August

Jahrgang 1932

## Leistung und Verwaltungsaufwand der Gewerkschaften

Mit mehr als 4,1 Millionen Mitgliedern hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund das Jahr 1931 abgeschlossen. Die dem ADGB angeschlossenen Verbände zeigten somit in ihrem Mitgliederbestande eine angesichts der furchtbaren Auswirkungen der Wirtschaftskrise beachtenswerte Festigkeit. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder lag Anfang dieses Jahres immer noch über der Mitgliederzahl, die die freigeberwerblichen Verbände Ende 1926, also vor dem Konjunkturaufschwung der Jahre 1927 und 1928 aufzuweisen hatten.

Die Gewerkschaften bewährten sich aber nicht nur in ihren organisatorischen Aufbau hervorragend, auch in ihren Leistungen stehen sie nicht zurück. Man denke dabei nicht nur an die in unvergleichbar schweren sozialen Kämpfen der vergangenen Jahre abgewehrten Angriffe des Unternehmertums und der ihm weitgehend dienstbaren politischen Gewalten. Seit Beginn der Krise sind von den Gewerkschaften an ihre Mitglieder auch direkte Unterstützungen in einem Ausmaße geleistet worden, daß selbst Gegner der Gewerkschaften dieser sozialen Hilfsaktion größten Stiles ihre Anerkennung nicht verlagern konnten. Rund 110 Millionen Reichsmark sind im Jahre 1931 an die Gewerkschaftsmitglieder durch ihre Verbände an Unterstützungen ausgezahlt worden. Im Jahre 1930 betrug diese Summe sogar 124 Mill. RM.

Während die Banken ihre Zahlungen einstellen, große Konzerne zusammenkrachten und kaum ein gesellschaftliches Institut ohne Staatshilfe mehr lebensfähig war, haben sich die Gewerkschaften bei Anforderungen höchster Art geradezu glänzend geschlagen. Kein Wunder, wenn die gewerkschaftsfeindliche Presse sich über den jetzt erschienenen Vorbericht zum Jahrbuch des ADGB, herstürzt, um an Hand der von den Gewerkschaften in gewohnter Offenheit bis ins einzelne detaillierten Jahresabschlüsse zu behaupten, daß die Gewerkschaften ebenfalls am Ende ihres Lateins wären. Bei 184 Millionen Einnahmen hatten die Gewerkschaften im Jahre 1931 über 216 Millionen Reichsmark Ausgaben. Aufgeregte Presseleute glauben daraus bereits den finanziellen Ruin der Gewerkschaften herleiten zu können. Dabei zeigt sich in diesen Zahlengrößen doch gerade,

daß die Gewerkschaften dank einer voranschauenden Vermögensbildung den Krisenansprüchen im vollen Umfange gerecht werden konnten. Besonders haben es einigen bürgerlichen Zeitungen die „Verwaltungskosten“ der Gewerkschaften angetan, die im vorigen Jahre (trotz Rückganges in den letzten Jahren) immer noch rund 53 Millionen Reichsmark betragen.

Wie nun jedes Gewerkschaftsmitglied weiß, der bürgerlichen Presse aber offenbar verschiedentlich noch unbekannt sein dürfte, verfügt die Gewerkschaftsbewegung zur Durchführung ihrer sozialen und kulturellen Aufgaben über einen in der Regel sogar tadellos funktionierenden Organisationsapparat.

Die Gewerkschaften — als Sachwalter nicht nur der organisierten mehr als 4 Millionen Arbeitnehmer, sondern als die auch verfassungsmäßig berufenen Vertreter der Arbeiterklasse überhaupt — bedürfen natürlich neben der Mitarbeit hunderttausender ehrenamtlicher Funktionäre auch der entgeltlichen Arbeit angestellter Funktionäre und eines Stabes leistungsfähiger Bürokräfte. Ihre Zahl ist, wie wiederholt mit Zahlen nachgewiesen wurde, sogar angesichts der Vielseitigkeit der gewerkschaftlichen Organe und ihrer Aufgaben auffallend niedrig. Einrichtung und Unterhalt von mehr als 12 000 örtlicher Verwaltungsstellen und einiger hundert Gau-, Bezirks- und Reichsleitungen, die Leitung der mannigfachen sozialen und kulturellen Einrichtungen der Gewerkschaften erzwingen natürlich einen beträchtlichen finanziellen Aufwand für die sogenannte „Verwaltung“.

Ueber 12 000 Tarifverträge haben die Gewerkschaften abgeschlossen. Ende vorigen Jahres unterstanden 8½ Millionen Beschäftigte diesen tarifvertraglichen Vereinbarungen, die die Lohn- und Arbeitszeitbedingungen der Arbeiterschaft regeln und die Ansprüche und Arbeitsbedingungen mehrerer hunderttausend Lehrlinge festlegten.

In 600 Arbeitersekretariaten und Rechtsauskunftsstellen erhielten um Rechtsauskunft nachsuchende Arbeitnehmer in 900 000 Fällen Auskünfte, wurden mehr als 300 000 Schriftsätze für sie angefertigt. Neben den 110 Millionen Reichsmark Unterstützung aller Art, wie

Arbeitslosen-, Kranken-, Sterbefall-, Invaliden-, Notfall-, Reise- und Umzugsunterstützung, fanden hunderttausende hilfsbedürftiger Gewerkschaftsmitglieder persönlichen Rat und Hilfe bei ihren Gewerkschaften. Daß diese umfassende Tätigkeit nur mit Hilfe einer sorgsamsten Verwaltung der ein- und ausgehenden Mittel zu bewältigen ist, sollte einleuchtend sein.

Man wird die Zahl der neben der verhältnismäßig kleinen Zahl hauptberuflicher Funktionäre ehrenamtlich für die Gewerkschaftsbewegung tätigen Kollegen mit einer halben Million nicht zu hoch beziffern. Bestenfalls erhalten diese ehrenamtlichen Funktionäre ihre Auslagen zurück. Trotzdem summieren sich auch diese bescheidenen Auslagen, die der Verwaltung der Gewerkschaften hinzuzurechnen werden, insgesamt zu beträchtlichen Aufwendungen. Es sind neben den gewerkschaftlichen Betriebsobleuten in der Zeit guter Beschäftigung etwa 30 000 freigewerkschaftliche Betriebsräte tätig gewesen, in den Gesellensauschüssen der Handelskammern sitzen rund 10 000, in den Ausschüssen der Berufsschulen rund 5000 Gewerkschafter. In den Arbeitsgerichten sind mehr als 10 000, in den Arbeitsämtern mehr als 2000 Gewerkschafter ehrenamtliche Beisitzer. In den Sozialversicherungskörperschaften vertreten, durch Wahlen delegiert, mehr als 50 000 freigewerkschaftliche Beisitzer die Interessen der Arbeiterschaft. Und unter diesen Beauftragten der Gewerkschaften befinden sich zurzeit zahlreiche Arbeitslose, die nicht mehr in der Lage sind, die Unkosten aus ihrer Tätigkeit aus eigener Tasche zu bestreiten. Sie bedürfen heute mehr denn je eine Entschädigung aus den Mitteln der Organisationskassen, so daß es zu bewundern ist, daß die Kosten der Verwaltung in den Gewerkschaften in den letzten Jahren gestunken sind.

Die Geschichtsbeflissenen behaupten, daß ohne die Sünfte das soziale, ja das staatliche Leben des Mittelalters undenkbar wäre. Das mag stimmen. Der soziale Staat der Zukunft wird aber ohne Gewerkschaften und die durch sie ausgelösten großen gesellschaftsgehaltenden Kräfte ebensowenig auskommen. Man hält es heute beinahe in Deutschland für selbstverständlich, alles, was nicht Unter-

Die industrielle Weltproduktion zeigt noch keine Anzeichen zur Besserung. Im Juni 1932 war die monatliche Indexziffer derselben nach dem deutschen Konjunkturinstitut (1928 = 100) auf 67 gesunken. Gegenwärtig werden etwa 10 v. S. weniger Industriewaren erzeugt als 1913. Die Weltbevölkerung ist seit 1918 um etwa 12 v. S. gewachsen. Somit ergibt sich je Kopf gerechnet eine Produktionschrumpfung um etwa ein Fünftel. Seit ihrem Höchststand Mitte 1929 ist die industrielle Weltproduktion um rund 40 v. S. gesunken. Dieser Ausfall entspricht in seiner Größe etwa der industriellen Produktion der Vereinigten Staaten von Amerika im Hochkonjunkturjahr 1928. Allein seit der Kreditkrise, Mitte 1931, hat sich die industrielle Weltproduktion um 20 v. S. vermindert; das ist etwa ebensoviel, wie Deutschland und Frankreich im Jahre 1928 an Industriewaren erzeugt haben. Der Rückgang der industriellen Produktion ist nicht gleichmäßig erfolgt. Einzelne Industriezweige kamen fast vollständig zum Erliegen, während andere nur einen verhältnismäßig geringen Rückgang hatten. Anfang 1932 war die Weltproduktion wichtiger Industrien zurückgegangen (1928 = 100) im Schiffbau auf 12, in der Kraftwagenfabrikation auf 28, im Maschinenbau auf 45, in der Steinkohlenförderung auf 68, in der Rohstahl- und Roheisenerzeugung auf 57, in der Papiererzeugung auf 88, in der Textilproduktion auf 83 und in der Erdölgewinnung auf 96. Die Größenverhältnisse des Produktionsrückganges waren mithin nicht nur verschieden bei den einzelnen Ländern, sondern auch in den verschiedenen Branchen. Ländermäßig ist die Produktion Mitte 1932 (1928 = 100) am stärksten zurückgegangen in Deutschland, Oesterreich und den Vereinigten Staaten ebenfalls auf 54, Polen auf 55, Belgien auf 70, Frankreich auf 73, Großbritannien auf 81 und Schweden auf 88. Ueber 1928 stehen Japan mit 107 und Sowjetrußland mit 206. Der durchschnittliche Rückgang der Weltproduktion beträgt 67. Der Verlauf der Entwicklung seit 1913 ist aufschlußreich. Die Weltproduktion stand Mitte 1932 (1913 = 100) auf 91, die industrielle Produktion in Deutschland auf 62, in Belgien auf 87, in Frankreich auf 93, in Großbritannien auf 75, in Oesterreich auf 63, in Polen auf 49, in Schweden auf 135, in Rußland auf 302, in den Vereinigten Staaten auf 84 und in Japan auf 239. Ueber die Vorkriegszeit steht die Produktion in Rußland, Japan, Schweden und Kanada. Die ersten beiden Länder sind erst nach dem Kriege industrialisiert worden. Eine weltwirtschaftliche Besserung wird in den nächsten Monaten erwartet. Bis jetzt sind nur geringe Anzeichen für eine solche vorhanden. Immerhin warten 30 Millionen arbeitslose Männer und Frauen als die eigentlichen Opfer der Krise darauf. Der Kapitalismus als das herrschende System muß seine Existenzberechtigung in der Zukunft erst noch zu erweisen suchen. Eine Hungerkur in diesem Ausmaß wird die Bevölkerung nicht noch einmal auf sich nehmen.

schafflicher Not, die gewiß auch die Gewerkschaften veranlaßten, mit den spärlichsten Mitteln ihren Aufgaben gerecht zu werden, gilt es den gewerkschaftlichen Organisationsapparat, gilt es alle Einrichtungen der Gewerkschaften, ihre Büros und Volkshäuser, ihre Jugendheime und Bibliotheken zu fördern und nach bestem Können auch fernerhin auszubauen.

Charakter trägt, mit dem Hinweis auf den sich als notwendig erweisenden Verwaltungsaufwand als unnötige „gesellschaftliche Belastung“ abzutun. Wir kennen das Lied aus dem Kampfe der sozialen Reaktion gegen die Sozialversicherung, wir hörten es lange genug aus dem Munde der politischen Reaktion gegen die preußische Polizei, als sie noch nicht in ihren Händen war. Trotz wirt-

## Arbeiterinnen in der Gewerkschaftsbewegung

Die Mitgliederzahl unserer Gewerkschaften ist zurückgegangen. Wer kann sich darüber wundern? Für denjenigen, der den Umfang der Arbeitslosigkeit und die jahrelange Dauer der Ausschaltung vieler Hunderttausender auf Arbeit angewiesener Menschen aus dem Arbeitsprozeß kennt, ist ein Mitgliederrückgang der Gewerkschaften in einer solchen Krisenzeit etwas Selbstverständliches. Nicht ganz so selbstverständlich ist das Ergebnis der Zählung der Mitglieder am Schluß des vergangenen Krisenjahres, das jetzt bekanntgegeben werden kann. Es zeigt eine innere Verbundenheit von Millionen auf Arbeit angewiesener Menschen mit der Gewerkschaftsbewegung, die uns die besten Zukunftshoffnungen für unsere Gewerkschaften und ihr Wirken gibt.

Das, was im allgemeinen von der Gewerkschaftsbewegung gesagt werden kann, ist zu unserer großen Genugtuung und Freude auch von den weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern festzustellen. Auch sie haben in so hohem Maße der Gewerkschaftsbewegung die Treue gehalten, daß wir mit Recht behaupten können: die gewerkschaftliche Arbeiterinnenbewegung steht unerschütterlich da!

Die von der Gewerkschaftsbewegung erfaßten Arbeiterinnen wissen, was die Gewerkschaften für sie bedeuten. Sie halten ihnen deshalb die Treue auch in der Zeit der Not, in der festen Zuversicht, daß ihnen und der Gesamtheit der Arbeiterschaft dies von Vorteil sein wird.

Die Gewerkschaften werden die Arbeiterinnen nicht enttäuschen.

Die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder im Jahresdurchschnitt 1930 betrug 617 968 gegen 684 978 im Jahre 1929. Sie ist gegen das Vorjahr um 67 010, also um nicht ganz 10 Prozent, zurückgegangen.

Nur vier Verbände von insgesamt 30 haben keine weiblichen Mitglieder. Es sind die Verbände der Buchdrucker, Kupferschmiede, Schornsteinfeger und Zimmerer, also Organisationen für Berufe, in denen Frauenarbeit nicht üblich ist.

In fünf Verbänden, und zwar in den Verbänden der Buchbinder, graphischen Hilfsarbeiter, Gutarbeiter, Tabakarbeiter und Textilarbeiter, überwiegen die weiblichen Mitglieder. Die weiblichen Mitglieder im Tabakarbeiter-Verband bilden sogar mehr als 78 Prozent der gesamten Mitglieder. Das entspricht der Beschäftigung von Frauen in der Tabakbranche, wie auch die Zusammenfassung der übrigen vier Verbände im allgemeinen der relativen Anteilnahme von Männern und Frauen am Berufe entspricht.

Bis auf zwei Verbände ist überall die Zahl der weiblichen Mitglieder zurückgegangen. An weiblichen Mitgliedern zugenommen haben die Verbände der Friseurinnen (um 17) und die der Melker (um 23). Wenn diese Zunahme auch gering ist und auch nur bei Organisationen mit sehr niedrigen Mitgliederzahlen in Erscheinung tritt, so zeigt sie doch pulsierendes Leben in den Gewerkschaften in schwerster Krisenzeit. Dieses pulsierende Leben ist aber auch dort vorhanden, wo ein Rückgang in der Mitgliederzahl festzustellen ist.

Die Gewerkschaftsbewegung lebt. Sie wird die Krisenzeit überdauern und gerüstet sein zum Kampf, um dann zurückzuerobern, was verloren gegangen ist, und um neues hinzuerobern, was den Arbeitern und Arbeiterinnen noch vorenthalten wird.

## Die Politik der Gegenwart ist frauenfeindlich

Durch die Neuordnung der Verhältnisse in Deutschland nach 1918 erhielt die Frau zum ersten Male staatspolitische Rechte. Die Frauen haben seitdem in den 13 Jahren verstanden, von ihrem Recht Gebrauch zu machen. In den Parlamenten haben sie sich als geschickte Vertreterinnen der Frauenrechte Geltung verschafft. Die neuere politische Entwicklung ist aber direkt frauenfeindlich gestimmt. Besonders deutlich zeigt sich dies in der Aufstellung von Kandidaten zu den Reichs- und Landtagswahlen. Von den 607 Abgeordneten zum Deutschen Reichstag sind nur 36 Frauen. Davon haben die Sozialdemokraten 15, die Kommunisten 10, das Zentrum 6, die Deutschnationalen 3, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei je 1. Die Nationalsozialisten haben ihren Grundsätzen gemäß, daß die Frau minderen Rechts ist und sich nur um den Haushalt zu kümmern habe, keine Frau als Kandidatin aufgestellt. Es ist auf das tiefste zu bedauern, daß diese frauenfeindliche Partei zahlreiche Frauenstimmen bei den letzten Wahlen bekommen hat. Obwohl in Deutschland die Frauenstimmen die Männerstimmen um zwei Millionen übersteigen, befinden sich unter den Abgeordneten des Deutschen Reichstages noch keine 6 v. S. Frauen. Dadurch wird die Feindschaft des neuen Systems gegen die Frau sehr deutlich gekennzeichnet.

# Das Fortbestehen der Tabak-Berufsgenossenschaft

Am 10. August d. J. hat eine Sitzung des Reichsversicherungsamtes mit den Vertretern von 30 gewerblichen Berufsgenossenschaften über die Zusammenlegung von 55 Berufsgenossenschaften zu 19 stattgefunden. Das Reichsversicherungsamt wünschte zunächst überhaupt nicht mehr darüber zu verhandeln, ob, sondern nur wie zusammengelegt werden sollte. Auf mehrfachen Protest hin wurde dann doch über die Gründe gesprochen. Das Reichsversicherungsamt stützte sich auf die Ermächtigung der Notverordnung vom 14. Juni 1932, wies aber keine Ersparnisse nach. Jede Berufsgenossenschaft sprach sich mit besonderen Gründen für ihre Selbständigkeit aus. Die Tabak-Berufsgenossenschaft war durch den Vorsitzenden und Geschäftsführer vertreten. Für sie war eine Vereinigung mit der Nahrungsmittel- und mit der Mülerei-Berufsgenossenschaft vorgesehen. Die Tabak-Berufsgenossenschaft wies zunächst zahlenmäßig auf Ersparnisse hin, die dadurch erzielt werden können, daß künftig allgemein Fabriklager, Fabrikautos und Fabrikläden bei den Fabrikations-Berufsgenossenschaften mitversichert werden, und nicht mehr getrennt bei der Großhandels-, Fahrzeug- und Einzelhandels-Berufsgenossenschaft. Die im Falle einer Vereinigung der drei erwähnten Berufsgenossenschaften in Aussicht genommene Groß-Berufsgenossenschaft mit 106 000 Betrieben und 619 000 Versicherten würde arbeitsunfähig sein. Insbesondere würde die Tabakindustrie im Vorstand vollkommen einflußlos sein. Die Mülerei ist viermal und die Nahrungsmittelindustrie ist doppelt so gefährlich als die Tabakindustrie. Die Verwaltungskosten der beiden anderen Berufsgenossenschaften, auf einen Vollarbeiter bezogen, sind elfmal bzw. doppelt so hoch als in der Tabak-Berufsgenossenschaft. Struktur- und Interessengegenstände, Mißtrauen gegen andere gewerbliche Vorstandsmitglieder würden die Durchführung der Unfallversicherung erschweren. Nicht erwünscht, aber möglich wäre eine Vergrößerung der Tabak-Berufsgenossenschaft durch eine Sinein-nahme des Großhandels mit ausländischem Tabak und des Einzelhandels mit Tabakwaren.

Die Tabak-Berufsgenossenschaft ist klein in bezug auf die Zahl der Unfälle und Angestellten. Aber eine Berufsgenossenschaft mit geringem Unfallrisiko braucht auch nicht so groß zu sein als ein Versicherungsträger mit großem Risiko. Es genügt, daß die Tabak-Berufsgenossenschaft das Risiko in sich ausgleicht. Das ist der Fall. Der Beitragsfuß ist in den letzten Jahren gesunken und der verringerten Wirtschaftskraft gefolgt. Durch Beispiele ist widerlegt, daß ein Großversicherungsträger billiger ist als ein kleinerer. Einer Industrie, die so selbständig und abgegrenzt daheft wie die Tabakindustrie, die ihre eigenen Wirtschafts-, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände hat, die noch im vorigen Jahr eine Milliarde an Tabak-

steuer und -zoll aufgebracht hat, soll man auch die berufsgenossenschaftliche Selbstverwaltung lassen.

Antworten wurden den Berufsgenossenschaften auf ihre Vorträge nicht erteilt. Das Reichsversicherungsamt nahm sie zur Kenntnis und kündigte weitere Verhandlungen mit den Fachgruppen an.

Wir haben den Bericht der Tabak-Berufsgenossenschaft über das Fortbestehen derselben ungekürzt zum Ausdruck gebracht, sind jedoch der Meinung, daß im allgemeinen Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung der Berufsgenossenschaften durchgeführt werden müssen.

## Kongreß der französischen Tabakarbeiter

Am 13. Juli fand der Kongreß der französischen Tabakarbeitergewerkschaft in Paris statt. Der Generalsekretär erstattete den Tätigkeitsbericht, der von der Versammlung ohne Diskussion einstimmig gebilligt wurde. Ebenso wurde der vom Kassenschatz über das vergangene Jahr erstattete Kassenbericht einstimmig gebilligt. Eine längere Debatte entspann sich anlässlich des Vorschlags des Delegierten von Toulouse, eine Einheitsgewerkschaft für die Arbeiter der Tabakmanufaktur zu schaffen, die aus den Arbeiterinnen, den technischen Angestellten und den bei der Fabrikation arbeitenden, also aus drei Gruppen, zusammengelegt sein soll. Diese Gruppen sollten dann auch ihre Vertretung auf dem Nationalkongreß haben. Die Toulouser Gruppe der Tabakarbeitergewerkschaft glaubt, eine derartige Neugliederung könne dazu beitragen, daß gewisse Gruppen von Tabakarbeitern, die nicht mehr zur Tabakarbeitergewerkschaft gehören,

in die Organisation zurückkommen. Zur Frage der Lohnhöhe hat der Kongreß eine Resolution angenommen, durch die jede Herabsetzung des Lohnes, die nur die Kaufkraft der Masse mindern würde, verurteilt wird, da sie die Krise der Konsumtion und damit die Arbeitslosenskrise erhöht. Dann heißt es weiter:

Der Kongreß erklärt feierlich, daß die französische Tabakarbeitergewerkschaft keinesfalls zulassen würde, daß die Lohnhöhe, die längst nicht genügt, etwa gar noch vermindert werde. Sie beauftragt ausdrücklich ihren Vollzugsausschuß, im Falle eines Arbeitskonfliktes alle Schritte zu unternehmen, die er für geeignet hält, um sich einer Lohnminderung zu widersetzen. Im übrigen beauftragt der Kongreß den Vollzugsausschuß der Tabakgewerkschaft, stets mitzuhelfen an der Bekämpfung des Wirtschaftsnationalismus und mitzuarbeiten am Frieden der Völker, wie es der französische Gewerkschaftsbund tut, dem die französische Tabakgewerkschaft erneut ihre Treue erklärt.

## Aus der Gewerkschaftsbewegung Neuseelands

Auch Neuseeland, die Insel mit dem hohen Lebensstandard und den guten Arbeitsbedingungen, ist von der Weltwirtschaftskrise ergriffen worden. Auch dort treten die Lohnherabsetzungen, die Verschlechterung der Lebenshaltung und die wachsende Arbeitslosigkeit immer stärker hervor. Zur Abwehr dieser drohenden Gefahren entschlossen, haben die bedeutendsten Gewerkschaften Neuseelands eine Aktion zur Einigung und zum gemeinsamen Abwehrkampf aller Arbeiter Neuseelands eingeleitet. Auf einem zu diesem Zwecke von der New Zealand Alliance of Labour, der Föderation der Gewerkschaftskartelle sowie den Verbänden der Staatsangestellten in Wellington abgehaltenen Kongreß vertraten 110 Delegierte 149 Organisationen mit ungefähr 90 000 Mitgliedern.

Die wichtigsten Beschlüsse dieses Kongresses lassen sich wie folgt zusammenfassen: Vereinheitlichung der Bewegung durch Gründung von Landesorganisationen in allen Industriegebieten, die in einer Landeszentrale zusammenzufassen sind. Energetische Abwehr aller von seiten der Unternehmer und von seiten der Regierung unternommenen Versuche, die Löhne zu kürzen. Kampf gegen die Zerstörung des inneren Marktes durch Herabsetzung der Kaufkraft der breiten Massen. Einsetzung eines paritätisch zusammengesetzten staatlichen Arbeitslosen-

komitees. Aufteilung des Großgrundbesitzes und Ansiedlung von Arbeitslosen. Ausarbeitung eines Planes ausgedehnter staatlicher Notstandsarbeiten. Aufbau einer Industrie zur Verarbeitung der heimischen Rohstoffe. Arbeitszeitverkürzung (5 Tage je 7 Stunden) zwecks Wiedereinstellung von Arbeitslosen in die Betriebe. Organisierung der Arbeitslosen in einem nationalen Verband, der von den bestehenden Landesverbänden und den Arbeitslosen geleitet werden und örtliche Unterabteilungen bilden soll.

Auf finanziellem Gebiet schlug die Konferenz die sofortige Ausgabe von Schatzscheinen im Betrage von 15 Millionen Pfund Sterling vor, die in 5 Jahren auf Grund einer Arbeitslosigkeitssteuer zurückbezahlt werden sollen. Ferner sprach sie sich für die Errichtung einer Zentralbank aus, die über die Währung und die Emissionen des Staates eine absolute Kontrolle ausüben soll. Ohne neue Anleihen im Auslande aufzunehmen, sollen alle verfügbaren Mittel zur Durchführung öffentlicher Arbeiten verwendet werden.

Außerdem wurden noch zahlreiche Forderungen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen Neuseelands aufgestellt und der Regierung zahlreiche Anregungen handels- und wirtschaftspolitischer Art gegeben.

# Änderung der Reichsverfassung in Sicht

Die jetzige deutsche Reichsregierung hat es doch über sich gebracht, der Weimarer Verfassung durch eine Feler zu gedenken. Allerdings war dies eine Feier eigener Art und bei der Zusammenfassung der Reichsregierung und der hinter ihr stehenden Kräfte durchaus erklärlich. Der Reichsinnenminister Freiherr von Csapl, der sich bei seinem Antritt als Monarchist bekannte, hielt die Festsprache. Wenn ein Monarchist zur Weihestunde einer republikanischen Verfassung das Wort nimmt, dann kann man sich ungefähr denken, was dabei herauskommt. Der Herr Minister versicherte dann auch, daß die jetzige Reichsregierung nicht die Absicht habe, den Verfassungstag zu einem Festtag des Volkes zu machen. Trotzdem bleibe die Geburtsstunde der Weimarer Verfassung ein geschichtlicher Gedenktag. Die derzeitige Reichsverfassung sei aber trotz ihrer Mängel der einzige Grund, auf dem alle, unbeschadet ihrer Weltanschauung und politischen Meinung, stehen müssen. Auf diese Art vollführte der Reichsminister des Innern einen Eieranzug, um dann die beabsichtigten Verfassungsänderungen bekanntzugeben. Diese sollen folgendermaßen vorgenommen werden: Ände-

rung des Wahlrechts, Aufhebung der Listenwahl und Einführung der Einzelwahlkreise, Heraussetzung des Wahlalters, Einschränkung der Möglichkeit der Wahl kleinerer Parteien, Einführung der Wahlpflicht und Errichtung einer ersten Kammer. Das sind die Pläne, die von den reaktionären Strömungen des heutigen Deutschlands zu verwirklichen gesucht werden. Kommen diese Reformen zur Durchführung, dann hat die deutsche Reichsverfassung das Recht verwirkt, als freieste Verfassung der Welt zu gelten. Der freie Willensausdruck des deutschen Volkes kann dann erst gestillt in der politischen Machtausübung zum Ausdruck kommen. Die deutsche Demokratie hätte bei Durchführung dieser Absichten erneut eine Schlacht verloren. Dem freigewählten Reichsparlament Würden durch die erste Kammer soviel Hemmnisse in den Weg gelegt, daß von einer Selbstbestimmung des Volkes nur noch bedingt gesprochen werden kann. Unter den Sammerschlägen der Reaktion soll Stück für Stück demokratische Freiheit zertrümmert werden. Es sei denn, die Arbeiterklasse Deutschlands würde die Kraft aufbringen, diesem Vernichtungswerk rasch und energisch Einhalt zu gebieten.

## Die Bedeutung des Genossenschaftswesens

bringt die Nummer 83 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ einige interessante Angaben. Danach sind in Großbritannien rund 45 Prozent, in Dänemark, Finnland und Ungarn 40 Prozent, in Schweden und der Schweiz 35 Prozent, in Deutschland 30 Prozent, in Belgien und Bulgarien 25 Prozent, in Italien 22 Prozent und in Frankreich 20 Prozent der Bevölkerung irgendwie genossenschaftlich organisiert. Die Konsumgenossenschaften Schwedens vertreiben 25 Prozent der in ihrem Lande zum Verkauf kommenden Flachbrote. In Großbritannien gehen rund 15 Prozent des gesamten Getreidehandels durch die Großeinkaufsgesellschaften der Konsumgenossenschaften. In Ungarn liefern die genossenschaftlichen Zentralverbände 25 Prozent des gesamten Salzbedarfs. In Bulgarien vertreibt die Genossenschaftszentrale ein Viertel des gesamten Bedarfs des Landes an Zucker. Die dänische Großeinkaufsgesellschaft der Konsumgenossenschaften stellt rund 25 Prozent der in Dänemark verbrauchten Kuchschokolade und 40 Prozent des Kakao-pulvers her. In Ungarn liefert der Zentralverband der Konsumgenossenschaften 20 Prozent des gesamten Bedarfs an Essig und Petroleum. In Italien liefern die Meiereigenossenschaften ungefähr ein Viertel des gesamten Butter- und Käsebedarfs. In Dänemark gehen rund 90 Prozent der Butterproduktion und etwa 50 Prozent der Fleischproduktion durch die Hände der Genossenschaften. In Finnland werden 92 Prozent der gesamten Butter- und 70 Prozent der gesamten Käsemenge genossenschaftlich produziert. Wehnlich liegen die Verhältnisse in Lettland und Estland. Auch in den Niederlanden und in der Schweiz haben die landwirtschaftlichen Genossenschaften

einen Anteil von rund 50 Prozent an der Gewinnung von Milcherzeugnissen. Diese kurze, noch sehr lückenhafte Zusammenstellung zeigt, eine wie große Bedeutung die genossenschaftliche Selbsthilfe in allen Ländern der Welt gewonnen hat, und ist zugleich ein Beweis dafür, daß das Genossenschaftswesen überall zum Segen der Bevölkerung wirkt. Obwohl auch in Deutschland rund 30 Prozent der Gesamtbevölkerung genossenschaftlich organisiert sind, ist die Anerkennung des Genossenschaftswesens, insbesondere der Konsumgenossenschaften, leider nicht so allgemein, wie es im Interesse des Volksganges wünschenswert wäre und wie es der genossenschaftlichen Veranlagung des Deutschen entsprechen würde.

## Berichte aus Gauen und Zahlstellen

Magdeburg. Am 13. August fand unsere Mitgliederversammlung statt. Kollege Lüdge referierte über Entwicklung der Lohnverhältnisse in der Magdeburger Zigarrenherstellung. Bereits in den 80er und 90er Jahren waren die Magdeburger Zigarrenarbeiter straff organisiert und hatten verhältnismäßig gute Lohnsätze erreicht. Die Löhne in Westfalen, Süddeutschland und Schlesien waren zu damaliger Zeit bedeutend niedriger als in Magdeburg. Auch in anderen Großstädten waren die Lohnsätze ähnlich wie in Magdeburg. Das war die Veranlassung, daß die Zigarrenfabrikation allmählich aus den Großstädten verschwand und nach dem flachen Lande verlegt wurde. Im Jahre 1907 wurde hier in Magdeburg der erste richtige Lohn-tarif abgeschlossen. Am 1. Juni 1912 wurde der Mindestlohnatz auf 9,90 M für das Tausend heraufgesetzt. Nach dem Kriege wurde der Reichstarif geschaffen. Durch die Schaffung des Reichstarifes haben die Kollegen

in den Großstädten keine großen Lohn-erhöhungen erhalten. Die größten Vorteile hatte die Kollegenchaft auf dem flachen Lande, besonders die Bezirke, die bisher ganz außerordentlich niedrige Löhne zahlten. Durch Schaffung des Reichstarifes wurde gewissermaßen ein Ausgleich in der Lohnzahlung geschaffen. Die Inflation brachte uns einen starken Rückschlag. Durch die Zermürbung der Arbeiterschaft war es den Arbeitgebern möglich, uns Tabakarbeitern einen geringen Lohn zu diktieren. Mit der Besserung der Wirtschaft gelang es uns, allmählich die Lohnsätze wieder heraufzubringen. Die Weltwirtschaftskrise, die zu ungeheurer Arbeitslosigkeit in allen Industrien führte, hat wiederum die Arbeiterschaft zermürbt und so gelang es den Arbeitgebern, die Lohnsätze herabzudrücken. Der Mindestlohn für 1000 Zigarren in Magdeburg beträgt jetzt 9,68 M, ist also unter den Satz vom 1. Juni 1912 herabgesunken. Beim Abschluß der Löhne mußte die Verhandlungskommission die große Arbeitslosigkeit, aber auch das Organisationsverhältnis in Berücksichtigung ziehen. Notwendig ist, daß wir jetzt alle Kräfte einsetzen, unseren Verband zu stärken. Alle noch fernstehenden Kollegen müssen zur Organisation herangezogen werden, dann wird es uns auch gelingen, bei besserer Wirtschaft das Verlorene zurückzugewinnen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung gab der Kollege Wille den Kasfenbericht für das 2. Quartal 1932. Kollege Kothau als Revisor berichtete, daß die Kasse eingehend geprüft und in Ordnung gefunden haben. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Nachdem noch örtliche Angelegenheiten erledigt waren, wurde längere Zeit über die Beitragsregulierung debattiert, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, daß es unverständlich vom Hauptvorstand sei, sich in dieser Frage so lange in Schweigen zu hüllen.

## Tariffkündigung

Die Arbeitgeber-Tarifgemeinschaft des Rautabakgewerbes hat den für Nordhausen und Umgegend bestehenden Tarifvertrag für das Rautabakgewerbe zum 1. Oktober d. J. gekündigt. Was die Arbeitgeber mit der Kündigung des Tarifvertrages bezwecken wollen, sagen sie nicht. Nach dem Inhalt des Kündigungs-schreibens zu rechnen, scheint es sich nur um formelle Änderungen zu handeln.

## Bekanntmachungen

Am 27. August ist der 35. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

13. August. Leisnig 300.—, Nordhausen 600.—.
15. Herbst 25.—.
16. Löhne-Bahnhof 200.—, Hördt 3.—, Burgstinn 4,20, Laitnbach 75.—.
19. Nordhausen 300.—.
20. Danzig 400.—.

Bremen, den 28. August 1932.

J. Krohn.

Unserem lieben Mitgliedspaar

**Stephan Stenger**

und Frau

**Sophie Stenger**

Michelbach (Ufr.)

die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit.

Die Mitglieder und Ortsverwaltung der Zahlstelle Hanau

# An die Gewerkschaftsmitglieder!

Die gewaltige Wirtschaftskrise wird zu einem Generalsturm gegen die Arbeiterbewegung ausgenutzt. Mit in erster Linie richtet sich dieser Kampf gegen die Konsumgenossenschaften.

Die Konsumgenossenschaften haben ein Recht auf den Schutz durch die Arbeiterschaft.

Sie stellen ein Stück sozialer Gemeinschaft dar. Der Schutz der Konsumgenossenschaften ist um so notwendiger, als die Konsumgenossenschaften ihren Mitgliedern nicht nur gute, vollgewichtige Waren zu gerechten Preisen liefern, sondern ihren Arbeitnehmern und Mitgliedern auch vorbildliche und bahnbrechende soziale Einrichtungen zur Verfügung stellen.

Selbstverständlich hat die fürchterliche Arbeitslosigkeit auf die Umsätze der Konsumgenossenschaften ähnliche nachteilige Wirkungen ausgeübt, wie auf die Umsätze des privaten Einzelhandels und der Warenhäuser. So wie unter diesen Umständen die privatwirtschaftlichen Unternehmungen ihre Umsatzschmälerung durch eine erhöhte Propaganda auszugleichen versuchen, muß auch die Werbetätigkeit für die Konsumgenossenschaften stark gesteigert werden.

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände, die mit den Konsumgenossenschaften freundschaftlich verbunden sind, fordern alle Gewerkschaftsmitglieder auf, ihre Hauswirtschaften der

organisierten Bedarfsdeckungswirtschaft einzugliedern und ihren Bedarf an Lebensmitteln, Haushaltungsgegenständen und Bekleidung in den Verteilungsstellen und Warenhäusern der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu decken.

**Jeder Gewerkschafter sollte Mitglied einer Konsumgenossenschaft sein.**

Der Eintritt in die Konsumgenossenschaften ist mit Kosten nicht verbunden. Die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt in allen Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften.

Berlin, den 18. August 1932.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund  
Allgemeiner freier Angestelltenbund  
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund

## Leiparts Ruf: Schafft Arbeit!

Der Vorsitzende des ADGB., Kollege Leipart, veröffentlicht im „Berliner Tageblatt“ einen beachtenswerten Artikel über die Arbeitsbeschaffung. Nachdem Leipart die Dringlichkeit der Beschaffung von zusätzlicher Arbeit nachgewiesen hat, schreibt er:

Es müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt: Straßenerhaltung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost. Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen. Für die Deckung der Kosten sind in erster Linie die durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstützungen sowie die von ihnen aufzubringenden Steuern und

Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu verwenden. Darüber hinaus müssen sämtliche noch aufstreibbaren Mittel herangezogen werden.

Die Vorschläge der Gewerkschaften zur Arbeitsbeschaffung sind hier klar herausgearbeitet. In den weiteren Ausführungen behandelt Leipart die Finanzierungsfragen. Im Mittelpunkt steht die Kombination der Arbeitsbeschaffungsanleihe mit einer Kreditaktion der Banken. Die Gewerkschaften seien, so führt Leipart weiter aus, keine Befürworter neuer finanzpolitischer Abenteuer und wünschen die Aufrechterhaltung der Währung. Leipart schließt seine Forderungen und Mahnungen folgendermaßen:

Die Geduld und die Spannkraft des Volkes sind so gut wie ausgeschöpft. Es kann kein gefährlicheres Abenteuer geben, als die Entwicklung ihrem natürlichen Laufe weiter zu überlassen. In zwölfter Stunde können wir uns nicht mehr den Luxus der Politik des Wartens leisten.

## Blau Ringe

Raucherlied

Buck mal, diese blauen Ringe,  
Wunderbare sanfte Schwinge:  
Einer durch den andern stößt,  
Wie ein Ring die Ringe trägt!

So auch sollten wir es wagen,  
Einer durch den andern tragen:  
Daß der rote Weltenring  
Fest sei wie ein Eisenring.

Hinter Ringen steht das Feuer:  
Ewig jung! Und ewig neuer  
Sturmwind wird die Menschen treiben,  
Nein, das Alte darf nicht bleiben.

Buck mal, diese blauen Ringe,  
Wunderbare sanfte Schwinge:  
Schwebt so leicht und schön dahin,  
Und hat doch den tiefen Sinn.  
Wag Dort u.

## Zigarrentöchter

Wir reiten mit Motorrad über Land,  
auf Agitationstour für die Eiserner Front.  
Sommer. Der Himmel ist blau wie ein Traum von Glück.  
Der Wind kämmt uns frisch durchs Haar.  
Städte und Dörfer tauchen vorne auf und rutschen hinten wieder weg.  
Die drei Pfeile im Seidenwimpel knattern eine lustige Melodie,  
ein Lied von Freiheit und Schönheit.  
Grashüpfer fiedeln und die Schwalbe faust mit uns um die Wette.

Vorne steigt wieder ein Dorf auf. Mit spittem Kirchturm und karmoisinroten Dächern, mitten in Obstbäume lieblich eingebettet. Leicht fällt die Straße — da, gucke doch, rechts am Chausseerand eine bunte Schar lustiger Sommerkinder — hoo, sie haben uns erkannt, einige Mädchen springen aus dem Grase auf, Arm hoch: die geballte Faust, Freiheit! Freiheit! Eiserner Front!

Wir stoppen ab, die Maschine bäumt sich, wie ein wildes Pferd: wir halten!

Und ganz schnell wissen wir, wen wir hier vor uns haben: Zigarrentöchter! Sie kommen aus der Fabrik, sie haben Kurzarbeit, es ist nicht viel los mit der Zigarrendreherei. Volk hat kein Geld, Zigarren sind durch den Unternehmerprofit zu teuer. In dem Dorfe da vor uns ist eine Filiale der großen Tabak AG. aus der nahen Großstadt, eine kleine Fabrik da im Dorfe, mit etwa 80 Mädels, aus den Nachbardörfern kommen sie ins Zigarrendorf, alles um der paar Pfennige Verdienst wegen. Ein Verdienst, der so lächerlich klein ist, daß diese Mädchen hier vor uns sich fast schämen, davon zu sprechen.

Etwa 30 junge Menschen hier um uns, sie sind aus dem nahen Bauarbeiterdorf, sie erzählen uns, daß ihre Väter und Brüder und ihre Bräutigams alle erwerbslos seien, schon seit Jahr und Tag, in der Krise wird nix mehr gebaut.

Diese 30 Mädels waren auf dem Nachhauseweg. Aber der Sommertag war so schön, so schön, und die Luft ist heiß und ermüdend: drum haben die Zigarren-

# Lohnsätze wie bei der Arbeitslosenunterstützung

Es war vorauszu sehen, daß die Unter nehmer nach dem Stimmengewinn der Reaktion bei den Reichstagswahlen einen Vorstoß gegen die Tarif- und Lohnpolitik unternehmen würden. In der Tat mel den sie bereits ihre Forderungen an. Als Vortrupp geht auch diesmal der Arbeit geberverband Arbeit Nordwest energisch voran. Der Jahresbericht dieses Verbandes kann als eine Kampfschrift gegen die Gewerkschaften und die staatliche Lohnpolitik bezeichnet werden. Er ist ein zeitgeschichtliches Dokument. Man geht bei der Annahme nicht fehl, daß große Teile der organisierten Unternehmer hinter den Forderungen von Arbeit Nordwest stehen und sie zu verwirklichen bestrebt sind. Deshalb ist es notwendig, sich mit diesen Forderungen auseinanderzusetzen.

„Die staatliche Lohnpolitik,“ so heißt es in dem Bericht, „blieb eine kurz sichtige, engherzige, ihren angeblichen Zweck (Erhaltung der Kaufkraft) gründlich ver fehlende Konsumentenpolitik. Eine Lohn politik, die in der Weise vom Staate un mittelbar selbst gemacht wird, daß der Staat über Schlichtungs- und Notver ordnungspraxis die Löhne selbst festsetzt, kann nur kurzfristige Konsumenten politik und keine weitschauende Wirt schaftspolitik sein.“ Des ferneren wird ausgeführt, daß durch den Gedanken des Tarifvertrages der Wirtschaftlichkeit der Gewerbe wie der Betriebswirtschaftlich keit in Form individueller Lohngestal tung nicht genügend Rechnung getragen sei. „Jeder Lohnabbau (wir zitieren nach der „Bergwerks-Zeitung“) kam der Zeit nach zu spät und war der Methode nach zu schematisch und daher ungeeignet, als Anreiz zu neuer Wirtschaftstätigkeit zu dienen.“ Dann wird berechnet, daß die Löhne in der Eisenindustrie jetzt 77,6 % je Stunde im Durchschnitt betragen gegen 53,5 % vor dem Kriege. Das wäre eine untragbare Ueberhöhung. Man beachte, daß die Eisenunternehmer einen Durch schnittslohn von 77 % für eine derartig

schwere und harte Arbeit bei den heuti gen Preisen der Lebenshaltungskosten, die 21 v. H. über denen der Vorkriegs zeit stehen, als überseht bezeichnen.

Die Dinge seien nun an einem Punkt angelangt, wo nur eine grundlegende Reform helfen könne. „Eine Reform des Staates und seines Verhältnisses zur Wirtschaft, Ablösung der unmittelbaren Staatswirtschaft durch wirtschaftliche Selbstverwaltung und als erste Tat die ser Umstellung eine vollkommen neu orientierte Tarifpolitik und Arbeits losenfürsorge. Das ist möglich durch Zu lassung freierer Lohnfindung im Wege eines Spielraumes innerhalb der laufen den Tarifverträge. Der Staat könnte und sollte sagen: die Lohnsätze der laufenden Tarifverträge dürfen durch Einzel arbeitsverträge, also durch Verträge zwischen Betriebsführer und Belegschaft, um einen bestimmten Hundertsatz unter schritten werden. Dieser Hundertsatz müßte natürlich erheblich sein, denn immer wieder muß im Auge behalten wer den, daß bei dem heutigen eingeschränk ten Umfang der Wirtschaft, bei der heu tigen Massenarbeitslosigkeit, die Unter stützungsbezüge der Arbeitslosigkeit praktisch ohnehin das Schicksal bezeich nen, von dem der größte Teil der Ar beitererschaft durch Kurzarbeit nicht mehr weit entfernt ist und das schließlich noch einem größeren Teil der Gesamtarbeiter schaft droht, wenn nicht neue Wirtschafts tätigkeit hervorgerufen wird.“

Die Arbeitererschaft muß wissen, was hier gefordert wird. Arbeit Nordwest ist der Meinung, daß die Tarifverträge durch Betriebsverträge ersetzt werden sollen. Bestimmte Betriebe sollen das Recht erhalten, die Löhne soweit herun terzusetzen, daß sie dem Durchschnittsatz der Arbeitslosenunterstützung entsprechen. Das wären etwa 30 bis 40 % je Monat. Wie ein Familienvater mit einem der artigen Satz auskommen soll, wird na türlich nicht gesagt. Eine solche Ver

schlechterung der Lohn- und Arbeitsbe dingungen würde die deutsche Arbeiter schaft in ein namenloses Elend versetzen. Doch was schert dies diese Herren! Die Hauptsache ist, daß ihnen der Staat hilft, das Tarifgesetz zu beseitigen, damit eine derartige Lohnpolitik möglich ist. Es ist nicht notwendig, hierzu längere Ausführ ungen zu machen. Ein Sturm der deut schen Arbeitererschaft muß entfacht wer den, wenn derartige Vorschläge in die Tat umgesetzt werden sollen.

Darüber hinaus verlangen aber die Unternehmer der Eisenindustrie eine Neu gestaltung der Sozialpolitik im großen. Sie verlangen ein staatliches Aufsichts recht bei den Tarifverträgen, eine Um wandlung der Gewerkschaften zu be rufständigen Arbeitervertretungen, der Tarifverträge zu Tarifgemeinschaften im Rahmen berufständischer Gemeinschafts arbeit usw. Große Opfer seien notwendig, um die Wirtschaftskrise zu überwinden.

Die Unternehmer der westdeutschen Eisenindustrie haben die Kasse aus dem Sack gelassen. Sie haben die Richtung aufgezeigt, die die Sozialpolitik der Zu kunft einzunehmen hat. Wenn es mög lich wäre, diese Forderungen der Unter nehmer zu verwirklichen, dann wäre die deutsche Sozialpolitik um Jahrzehnte zu rückgeworfen und die deutsche Arbeiter schaft die schlechteste bezahlteste der ganzen Welt. Daß die deutsche Wirtschaft bei einem derartigen Lohnsystem vollständig zugrunde gehen müßte, dürfte jeder Laie einsehen. Wir sind überzeugt davon, daß dieses Signal zum Kampf vom gesamten deutschen Unternehmertum bald aufge nommen wird. Wenn dann seitens der Gewerkschaften kein ernsthafter Wider stand geleistet werden kann, dann ist es um die deutsche Arbeitererschaft geschehen. Sie muß sich dann mit Löhnen zufrieden geben, wie sie vor 50 Jahren bestanden. Wer das nicht will, der sorge dafür, daß die Gewerkschaften diese Vorstöße abzu wehren in der Lage sind.

töchter sich hier am Chauffeurand ein wenig gelagert — um — um — ja: um zu ernten!

Nun schau erst mal richtig auf die Ge nossinnen hin — siehst du ihre Ernte früchte? Djadja, ei, wie scheen. Rote Korallen im Haar. Am Straßenrande die Reihe von Vogelbeerbäumen, mit rot roten Fruchtdolden; eine nebenan heu machende Landjungfer hatte den Rechen in braunen Händen — borge uns mal den Rechen, Kleine — — ja, es reichte, mit dem Rechen enteten die Zigarren töchter die roten Korallentrauben vom Vogelbeerbaum — was für die Vögel frei da ist, das ist auch für den Mensch frei da: erntet Korallen, Schönheit ins Haar!

Korallenkränze, der herrlichste Schmuck: in Braun, in Blond, in Schwarz — aber ein Korallenkranz ruht auf Silberhaar. Wir sitzen längst gemein sam im Grase, die 30 Korallentöchter rings um uns Männer her. Das Heu duftet von der Wiefe herauf. Drüben rauscht es im weißsilbernen Haserfeld. Ein

blauer Falter. Und die alte Zigarren macherin mit dem weißen Haar und dem Rotkranz erzählt uns. Mit trauriger — unterbrochener Stimme — sie ist noch gar nicht so sehr alt, erst fünfunddreißig — aber der Krieg — ihr Schatz fiel in Flandern — kurz vor Friedensbeginn — in einer einzigen Nacht ward Annas Haar weiß — erst blond, dann silber. Heiße brennende Tränen haben das Haar gebleicht.

Längst haben die Mädels unsere Agi tationsblätter in Händen, einige falten die Blätter sorgfältig zusammen und stecken sie in ihre Handtäschchen, andere Mädels lesen. Von ferne klingt das Mühlgeklapper einer Mähmaschine, der Roggen ist reif und der Bauer erntet Brot. Wird es für uns alle reichen? Wird es bei der Verteilung uns nicht über sehen, das Brot? Wir sind so arm. Zigar rentöchter in Kurzarbeit. Gewiß, zum Kampfe sind wir gut gerüstet, erzählen die Genossinnen, bei uns in der Fabrik ist alles organisiert, der freie Tabak arbeiter-Verband ist Trumpf. Mit dem

roten Trumpfsatz stechen wir den grünen Nazihochmut unseres Betriebsleiters. Aber die Löhne — wie treiben wir sie hoch? Ist nicht Hitler mit seinen Baro nen drauf und dran, uns noch immer tiefer in den Sumpf des Lohnabbaus zu stoßen? Wo ist das Ende? Aber komm, laß uns eins singen.

Und ein frisches Volkslied schwingt auf zur blauen Domkuppel des Himmels, die Wolken strecken die langen Schwanenhälse vor und horchen. Husch, 'ne Feldmaus. Zih, piepfen die Mädchen. Die Maus löschte das Lied aus.

Haa, die Genossinnen erzählen lachend — mit den roten Korallenkränzen im Haar wollten wir unsere Bauern im Heimatdorf ärgern. Unsere Bauern sind alle Nazis, sie bewohnen den alten Kern des Dorfes, ein Runddorf, und weit ums Dorf her gehört den Bauern aller Besitz: Wiesen, Acker, Wald — und selbst die rote Heide mit den grauen Schafen ist ihnen. Der Bauer greift in die Wolle. Wir aber greifen ins Leere. Wir haben nichts, kein Land, keinen Garten — nur

# Hitlers Diktatur zurückgewiesen

Das große Spiel hinter den Kulissen um die Führung der Reichsregierung hat ein vorläufiges Ende gefunden. Die großmütigen Ansprüche Hitlers wurden zurückgewiesen. Die gegenwärtige Reichsregierung versucht das Ergebnis der Wahlen in eine tragfähige Regierung umzuwandeln. Es war beabsichtigt, die Hitlerpartei zur Verantwortung zu bringen und mit ihr die Macht im Reich zu teilen. Hitler hat Papen einige Male an der Nase herumgeführt, bis er sich endlich bereit erklärte, mit ihm und Hindenburg zu verhandeln. Bei diesen Verhandlungen stellte Hitler die Forderung, ihm die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt im vollen Umfange zu übertragen. Der Reichspräsident von Hindenburg lehnte diese Forderung nach der amtlichen Verlautbarung sehr bestimmt mit der Begründung ab, „daß er es vor seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterlande gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei.“ Die Aussprache zwischen Hindenburg und Hitler soll mit der ernststen Mahnung des Reichspräsidenten an Hitler geschlossen haben, „die von ihm angekündigte Opposition ritterlich zu führen und seiner Verantwortung vor dem deutschen Volke bewußt zu bleiben.“ Das Resultat des ganzen Kuhhandels war mithin, daß der Reichspräsident sowohl wie die Reichsregierung es ablehnten, dem Rattenfänger von Braunau die schrankenlose Diktatur zu ermöglichen.

Das deutsche Volk ist in einen Bürgerkrieg hineingeheßt worden, um den „nationalen aufbauwilligen Kräften“ Gelegenheit zur Mitarbeit zu geben. Um dies zu erreichen, mußte Brüning gestürzt werden. Die neue Regierung war nur zu bereit, die Forderungen der Nazis zu erfüllen. Es folgte die Aufhebung

des SA-Verbots, die Auflösung des Reichstags, die gewaltsame Entfernung der preußischen Regierung und die vielen sonstigen Liebesdienste den Nationalsozialisten gegenüber. Damit glaubte man letztere bündnisfähig gemacht zu haben. Das Gegenteil ist eingetreten. Der Entschluß alles oder nichts zu verlangen ist, wie ein nationalsozialistisches Organ sagt, „mit ruhigen Nerven in den bayerischen Bergen“ gefaßt worden. Damit ist die Situation einigermaßen klargestellt.

Die Regierung von Papen ist einem plumpen Bauernfängertrick zum Opfer gefallen. Und dieserhalb mußte die republikanische Bevölkerung Deutschlands monatelang einen blutigen Terror über sich ergehen lassen. Diese „aufbauwilligen Kräfte der Nation“ haben sich als

eine wahre Banditenbande entpuppt. Wir können uns über diese Entwicklung freuen, wenn nicht noch größere Auseinandersetzungen in Aussicht ständen. Komme es, wie es will, die Arbeiterschaft muß verlangen, daß der Rechtsboden wiederhergestellt wird und die Regierung mit aller Schärfe gegen die organisierten und bewaffneten Banden vorgeht. Das Unrecht an der republikanischen Bevölkerung muß wieder gutgemacht werden. Dies kann nur erreicht werden, wenn die Reichsregierung von ihren bisherigen Methoden entschieden abrückt. Dies wird man von einer solchen Regierung nicht verlangen können. Die Arbeiterschaft wird sich aber auch in Zukunft ihrer Haut zu wehren wissen, mag es kommen wie es immer wolle.

## Aussichten der Wirtschaftskonjunktur

Hier und da ist im Gesamtbild der Weltwirtschaft ein gewisser Lichtblick bezüglich der Konjunkturentwicklung in den letzten Wochen zu beobachten. An den internationalen Geldmärkten besteht eine kaum gekannte Ueberfülle. Einige Warenmärkte haben den Abschwung unterbrochen und stellenweise sogar leichten Auftriebstendenzen Raum gegeben. Infolge aller dieser Umstände mehrten sich die Stimmen, die den Eintritt in die erhoffte Periode eines neuen Anstiegs der Weltwirtschaft als begonnen oder doch als unmittelbar bevorstehend bezeichnen. Ausgehend von dieser Sachlage untersucht das Konjunkturinstitut im Wochenbericht Nr. 18 die Frage, inwieweit für Deutschland die Hoffnungen auf einen Wiederaufstieg berechtigt sind.

Die Wirtschaftstätigkeit in Deutschland hat gegenüber dem Tiefpunkt im Winter nur eine saisonmäßige Besserung erfahren. Eine konjunkturelle Besserung liegt nicht vor. So ist auch die Lage des Arbeitsmarkts zu erklären. Die Ausfich-

ten der Konjunktur in der nächsten Zukunft werden vom Institut sehr pessimistisch angesehen. Der industrielle Absatz geht nach vier Richtungen vor sich: auf dem Wege des Exports, des Verbrauchs, der Anlageinvestition und der Vorratsinvestition. Wie liegen die Dinge hier? Da das Welthandelsvolumen noch immer sinkt, müssen auch die weiteren Ausfuhraussichten Deutschlands als schlecht bezeichnet werden. Zu den allgemeinen Hemmnissen kommen noch die politischen Maßnahmen der vielen Länder zur Erschwerung des Imports. Bezüglich der zweiten Frage ist festzustellen, daß der Absatz an Verbrauchsgütern weiter abnimmt. Der Rückgang der Einzelhandelspreise hat bisher die Schrumpfung der Verbrauchereinkommen abgeschwächt. Da der Preisrückgang zum Stillstand gekommen ist, das Masseneinkommen aber noch weiter sinkt, ist eine Konjunkturbesserung auf dem Inlandsmarkt nicht zu erhoffen. Der dritte Absatzweg, Vermehrung der Investitions-

unsere Arbeitskraft, und die wird nicht gebraucht oder hundsmiserabel bezahlt. Die Bauarbeiter in unserm Dorf haben keine Schwielen mehr in den Händen, die Bauern nennen uns Faulenzer, drum wollten wir Zigarrentöchter unsere Bauern ärgern — mit roten Kränzen im Haar: frei und schön!

Der Bauer ist wie ein Stier, er scheut vor Sturmrot. Vor seiner roten Hakenkreuzflagge aber zieht Stier Bauer den Schweif ein, da wird er zahm, er kriecht seinen Baronen den grünen Hitlerkohl aus der weißen Hand. Djawoohl, so ist das!

Unser Fabrikherr? Der Tabakkapitalist? Am Rande der Großstadt hat er 'ne prächtige Villa, mitten im grünen Eichpark. Ein wahres Schloß, diese Tabaksvilla, wir Mädels haben ihm das Geld verdient und unsere Väter und Brüder haben ihm das Schloß erbaut, als Maurer, Zimmerer und Maler. Das Bauern- und Bauarbeiterdorf, unsere Heimat. Der Brunnen aber singt frei unterm Lindenbaum, da sitzen wir abends, wenn die

Fledermaus fliegt. Das ist so scheen, so scheen.

Der Tabaksbaron. Er lebt in Ueberfluß. Wir darben. Sein Geld haben wir verdient — eigentlich wäre das Tabakkapital unser Geld, denn aus unseren flinken Händen ist es gemacht. Durch Profit ward unser Willenbaron reich. Aber ist es nicht so, daß fleißige Arbeit adelt? Ei, sicherlich ist das so. Drum sind unsere lieben Mädels hier wie Prinzessinnen, aus dem Volksmärchen Freiheit. Rote Korallenkränze im Haar. Kirschchen die Lippen. Blicke die Augen. Die Hände zierlich und braun — Bernsteinhände, braun vom Zigarrensaft.

Unser Fabrikherr? Drei Töchter hat er und drei Söhne. Alles Sportsleute. Flugzeug, Kennboot, Autos. Tennis, Reiten und Fünfsuhrntanz, zum gelben chinesischen Tee.

Aber auch wir Zigarrenmädels treiben Sport, freien Proletensport, guck mal unsere Arme! Und rote Korallen im Haar. Hier: wieder zwei blaue Falter!

Mag Dortu

## Ueber die Geschichte der Tabakspfeife

Von Karl Dopf

Daß der Mensch seit uralten Zeiten der Leidenschaft des Rauchens huldigt, wissen wir, denn aus Gräberfunden hat man festgestellt, daß man sogar bei uns in Europa, lange schon vor der Einführung des Tabaks, Blätter vom Huslatich, Hanf, Lavendel und anderen Pflanzen geraucht hat. Die Sitte, Tabak zu rauchen, dürfte sich allerdings am ehesten bei den Eingeborenen jener Länder entwickelt haben, wo die Tabakpflanze ihre ursprüngliche Heimat hatte, bei den Ureinwohnern im alten Nordamerika, bei denen auch die Europäer zuerst das Tabakrauchen wahrgenommen haben. Sehr alt müssen auch die Behelfe sein, die man zum Rauchen von Pflanzenblättern benutzte, obwohl uns über die Geschichte der eigentlichen Tabakspfeife nur wenig bekannt ist.

güter, ist ebenfalls verbaut. Die Anlagefähigkeit ist auf einen Tiefstand zusammengeschrumpft. Noch nicht einmal der laufende Verschleiß im Produktionsapparat wird ersetzt. Hier liegt zweifellos eine starke Absatzreserve. Doch vorerst wirken hier die Unergiebigkeit der Kapitalmärkte und die Unrentabilität fast aller Betriebszweige stark hemmend. Was die Vorratsinvestitionen anbelangt, so sind hier die Aussichten günstiger. Die Lagerbestände sind in erheblichem Maße abgebaut. Würden alle Bedingungen erfüllt sein, so könnte die Wiederauffül-

lung der Lagerbestände zu einer Belebung der Konjunktur führen, namentlich auf dem Gebiete der Verbrauchsgüterindustrie. Jedoch sind auch hier der Hemmnisse zu viele, daß es vorläufig nicht zu einer Konjunkturbelebungen kommt. Die günstigere Lage, die die Weltkonjunktur bietet, ist in Deutschland mithin nicht wahrzunehmen. Gehehmt wird die Entwicklung hierzulande vor allem durch die innerpolitischen Auseinandersetzungen. Jede wirtschaftliche Initiative muß ersticken in einem Lande, wo der Bürgerkrieg systematisch wird.

den sich in einer Zwischenstufe befinden. Hier ist ihnen Gelegenheit gegeben, ihrer immer betonten „antikapitalistischen Einstellung“ sichtbaren Ausdruck zu geben. Warten wir ab, wie der Reichstag entscheidet. Doch schrauben wir unsere Hoffnungen nicht allzu hoch.

## Margarinesteuer?

Die deutsche Reichsregierung beabsichtigt im Wege der Notverordnung eine Margarinesteuer einzuführen. Angeblich soll dies im Interesse der deutschen Landwirtschaft geschehen. Damit würde ein lebenswichtiger Artikel des täglichen Bedarfs künstlich verteuert werden. Daß sich die Gewerkschaften ganz entschieden gegen diesen Raubzug auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung zur Wehr setzen, ist selbstverständlich. Aber auch in anderen Kreisen bestehen dagegen lebhaft Bedenken. Die Hamburger Handelskammer hat in einer Eingabe gegen die Einführung der Margarinesteuer protestiert. Dabei wurden u. a. folgende Gesichtspunkte ins Feld geführt: Der Margarinekonsum würde wesentlich zurückgehen, wenn der Preis von heute sich etwa verdoppeln würde. Eine Erhöhung des Butterverbrauchs würde dadurch kaum eintreten. Die Margarine, das unentbehrliche Speisefett für große Bevölkerungskreise wegen seiner Billigkeit, enthält Nährstoffe, die als lebensnotwendig zu bezeichnen sind und durch andere, im gleichen Preis stehende Nahrungsmittel nicht ersetzt werden können. Angesichts der geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung müßte im Fall einer Verteuerung der Margarine entweder der Fettkonsum verringert oder der Mehraufwand durch Einsparungen hinsichtlich des Konsums anderer Nahrungsmittel und Genussmittel aufgebracht werden. Die Margarinesteuer würde also den wirtschaftlich schwächsten Teil der Bevölkerung belasten. — Diesen Argumenten kann man sich durchaus anschließen. Die beabsichtigte Margarinesteuer ist ein weiterer Beweis der Volksfeindlichkeit der gegenwärtigen Regierung.

## Die SPD. zeigt den Weg aus der Krise

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im neuen Reichstag eine Reihe von Gesetzesentwürfen vorgelegt, die für die Besserung der Wirtschaftslage von grundsätzlicher Bedeutung sind. Die Kerngedanken dieser höchst aktuellen Forderungen sind folgende:

1. Aufhebung der Notverordnungen, um den rücksichtslosen Sozialabbau und die einseitigen Massensteuerverhöhungen wieder rückgängig zu machen. Damit sollen die Unterstützungen der Arbeitslosen, die Sozialrenten und die Versorgung der Kriegsoptionen wieder auf den früheren Stand gebracht werden. Verlangt wird weiter die Aufhebung der Arbeitslosenabgabe, die Salzsteuer und die Wiedereinführung der Freigrenze bei der Umsatzsteuer für die kleinen Gewerbetreibenden.

2. Ein vollständiger Umbau der Wirtschaft hat sich als notwendig erwiesen. Hierzu fordert die Sozialdemokratie Sozialisierung der Schlüsselindustrien, wie des Bergbaues, der Eisenindustrie, der Großchemie usw., sowie die Verstaatlichung der Großbanken. Ein besonderer Gesetzesentwurf verlangt die Enteignung des Großgrundbesitzes, um den nutzlosen Subventionen an verschuldete Großagrarier ein Ende zu bereiten, die Befundung der Landwirtschaft anzubahnen und das freierwerbende Land für Sied-

lungszwecke an Landarbeiter und Kleinbauern zu verteilen.

3. Für die Zeit des Uebergangs soll die Ueberwindung der Wirtschaftskrise und die Verminderung der Arbeitslosigkeit durch planmäßige Arbeitsbeschaffung und gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit erleichtert werden. Die Arbeitsbeschaffung soll umfangreiche öffentliche Arbeiten, die Förderung der Hausreparaturen und die Beschäftigung von Arbeitslosen in stillliegenden Fabriken und Werkstätten erfassen.

4. Die Finanzierung dieser dringend notwendigen Pläne soll folgendermaßen durchgeführt werden: Erhebung von Notsteuern von den hohen Einkommen und Vermögen, Besteuerung des Luxusverbrauchs, Schaffung eines Staatsmonopols für die Zigaretten- und Rauchtobakindustrie, eines staatlichen Erdölmonopols, Offenlegung der Steuerlisten, Kürzung der hohen Gehälter und Pensionen und Streichung der Fürstenabfindungen.

Die Gesetzesvorschläge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion werden von der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land als ein Weg aus dem Dunkel begrüßt. Alle die Parteien, die sich im Wahlkampf als äußerst radikal gebärdet haben, werden zeigen müssen, ob sie bereit sind, diesen Vorschlägen zuzustimmen. Die Nationalsozialisten wer-

Zu jener Zeit, als Columbus im Jahre 1492 die ersten rauchenden Indianer (Eingeborene von Guanahani) zu Gesicht bekam, kannten diese noch keine Tabakspfeifen, sondern rauchten das Kraut in zylinderförmigen Rollen von Tabakblättern, die sie in Maisblättern eingewickelt hatten. Auch der französische Karmelitermönch André Thevet, der im Jahre 1558 eine Schrift über sein Verweilen in Brasilien herausgab, berichtete, daß die dortigen Eingeborenen die trockenen Tabakblätter mit einem Palmblatt umwickelten und diese Rolle, die von der Länge und Dicke einer Kerze war, an einem Ende anzündeten, während sie vom anderen Ende den Rauch in den Mund einsoffen. Damit dürfte also die Urform der Zigarre bei diesen Völkern schon vor der Pfeife bekannt gewesen sein.

In Mexiko dagegen hat Cortez bereits die Beobachtung gemacht, daß der Tabak von den Eingeborenen nicht allein in der Form von Zigarren, sondern auch aus verzerrten Schilfrohren geraucht wurde. Nach anderen Berichten stammt das Wort

Tabak aus der alten Sprache von Haiti oder St. Domingo und war ursprünglich bei den Eingeborenen nicht die Bezeichnung für das Kraut, sondern für das Gerät, das dem Rauchen des Tabaks diene. In Nordamerika fand man jedoch bei der Erforschung uralter Altar- und Grabeshügel auch schon Tonpfeifen und sonderbar geformte steinerne Pfeifen, die nach übereinstimmenden Berichten der Forscher ohne Zweifel dem Zweck des Tabakrauchens gedient haben. Diese Pfeifen dürften zu den ältesten Funden der Tabakspfeife auf der ganzen Welt überhaupt gehören. Interessant an diesen Funden ist, daß scheinbar schon ganz alte Völker einen besonderen Wert darauf legten, ihre Rauchwerkzeuge mit sinnigen Verzerrungen zu versehen. Obwohl die erwähnten steinernen Pfeifen aus einem sehr harten Stein gehauen sind, waren sie doch schon einzig in ihrer Form, in die ihre Hersteller ihren ganzen Kunstsinne hineinlegten. Kopf und Rohr dieser Pfeifen erscheinen nicht allein kunstvoll gedreht, sondern der

Kopf war auch mit allerlei Ornamenten von Vögeln und Menschenköpfen verziert, wie sie auch im Kunstgewerbe hochkultivierter Menschengruppen zu finden sind. Ein Zeichen also, daß bei diesen Völkern schon im Altertum ein blühendes Kunstgewerbe nachweisbar ist. Bei den Indianern mögen auch frühzeitig schon Holzpfeifen üblich gewesen sein, deren Kopf und Rohr in den wunderbarsten Schnitzereien ausgeführt waren. Von den noch heute lebenden Stämmen werden solche Pfeifen angefertigt, die von Sammlern gerne erworben werden.

Wann sich die Tabakspfeife bei uns in Europa eingebürgert hat, konnte bisher mit bestimmter Sicherheit nicht festgestellt werden. Jedenfalls haben sich aber bei der Erforschung altromischer Niederlassungen schon zahlreiche Geräte gefunden, über deren Verwendung zu Rauchzwecken wohl kein Zweifel besteht. Welches Kraut man damit geraucht hat, läßt sich allerdings nicht nachweisen.

(Schluß folgt.)